



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Hessischer Städte- und Gemeindebund
Herrn Geschäftsführenden Direktor
Karl-Christian Schelzke
Postfach 1351

63165 Mühlheim/Main

Geschäftszeichen:

Dst. Nr.
Bearbeiter/in
Durchwahl
Telefax:
Email:
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 7. September 2017

Gesetzgeberische Intention der Verschonungsregelung in § 11 Abs. 6 Satz 1 HessKAG

Sehr geehrter Herr Direktor Schelzke,

ich stimme Ihnen zu, dass die Bestimmung des § 11 Abs. 6 KAG, wonach die Gemeinden Überleitungsregelungen für die dann nachfolgend genannten Fälle zu treffen haben, eine zwingende Bestimmung ist. Von dieser Vorgabe in Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz sind jedoch die Festlegungen im 2. Halbsatz zu unterscheiden (hier zur dritten Alternative), wann genau **Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen zu leisten sind oder geleistet wurden**. Die Einzelheiten dieser Verträge und die damit verbundenen Regelungen der Kosten können sehr wohl unterschiedlich sein. So kann etwa in einer Gemeinde hinsichtlich der Verträge des Erschließungsträgers mit den Grundstückskäufern ein Kostenanteil für die Grundstücksererschließung eher ermittelbar sein als bei den Grundstücksverkäufen durch einen anderen Erschließungsträger in einer anderen Gemeinde.

Soweit also eine Gemeinde in der Satzung regelt, unter welchen Voraussetzungen Beiträge aufgrund von Verträgen oder Herstellungskosten als bereits geleistet gelten bzw. noch zu leisten sind (Abs. 6 Satz 1), ändert das nichts daran, dass grundsätzlich die Satzung einen Überleitungszeitraum für die Anrechnung (5 bis 25 Jahre) bestimmen muss.

Ihrem Vorschlag für eine bloße Kann-Regelung zum Erlass von Überleitungsvorschriften trete ich nicht bei, denn dann könnten die Gemeinden nach Belieben auf solche Regelungen verzichten. Für die Grundstückseigentümer, die erst kürzlich Erschließungsbeiträge, Ausgleichsbeiträge oder gleichgestellte Kosten bezahlt hatten, wäre eine sofortige Heranziehung zu wiederkehrenden Beiträgen kaum vermittelbar. In Rheinland-Pfalz hat dies zu Gerichtsverfahren geführt. Aus Gerechtigkeitserwägungen halte ich einen völligen Verzicht auf Überleitungsregelungen nicht für angemessen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Graf)

